

# RATHAUSREPORT

Ergänzungsantrag der LINKEN abgelehnt

## Gesamtschul-Kapazität gegen Oberschule ausgespielt

In jedem Jahr wieder müssen Stadtverordnete und Schulverwaltung Wege suchen, wie sie den in der Landeshauptstadt Potsdam offenbar überdurchschnittlichen Wunsch der Eltern, ihre Kinder auf eine Gesamtschule zu schicken, realisieren können. Dieses untrügliche Zeichen für die anerkannte Qualität der Gesamtschulbildung hat die Folge, dass die Plätze an den Gesamtschulen nicht



ausreichen – eine Tatsache, der die Fraktion der LINKEN seit Jahren mit zahlreichen Anträgen gegensteuern will, aber nur dann den Widerstand überwindet, wenn unmittelbarer Handlungszwang besteht.

Aber nicht der Vorschlag einer Übergangslösung für eine Kapazitätserhöhung lag jetzt auf dem Tisch, sondern ein Verwaltungsvorschlag, die Zügigkeit der Voltaire-Gesamtschule von fünf auf vier zu reduzieren – also, eine Klasse weniger in der Klassenstufe aufzumachen. Schulleiterin Karen Pölk hatte Redeerecht erhalten und beschrieb anschaulich, welchen Bedingungen 925 Schüler im Schulhaus mit einer Kapazität von 880 bereits jetzt ausgesetzt sind, 61 Kurse auf 49 Klassenräume aufgeteilt werden müssen, Aula, Sporthalle, Mensa, Toiletten, Pausen-Aufenthaltsräume bei Regenwetter nicht ausreichen. Bei einer Fünfügigkeit würde die Schülerzahl noch auf über 1000 steigen...

DIE LINKE legte einen Änderungsantrag vor, den Stefan Wollenberg begründete. In Anbe-

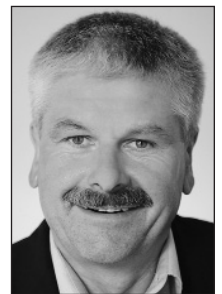
tracht der Zustände, mit denen sich die Fraktion im Vorfeld intensiv beschäftigt habe und die auch von der Schulleiterin beschrieben worden waren, sei die LINKE bereit, dem Antrag zuzustimmen, wenn die 4-Zügigkeit für die Sek. I den Nachsatz erhält „sofern die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen in der Stadt abgedeckt werden kann“. Es dürfe nicht passieren, dass das Recht auf freie Schulwahl in der Stadt eingeschränkt werde, wie eine Passage aus der Beschlussbegründung offenbare: Mit der Kapazitätsabsenkung solle „das Risiko der Nichteinrichtung siebenter Klassen an Oberschulen reduziert werden“. Den Elternwillen derartig zu steuern, wolle die LINKE mit ihrem Antrag entgegenwirken. Es gehe schließlich um junge Menschen, „für die sich damit ein Lebensweg entscheidet“, so Wollenberg.

Die Mehrheit der Stadtverordneten lehnte diese Ergänzung ab und beschloss die Vierzügigkeit an der Voltaire-Gesamtschule für die kommenden zwei Schuljahre.

### Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

im April haben alle Potsdamerinnen und Potsdamer ab dem Alter von 16 Jahren die Möglichkeit, in einer Bürgerbefragung ihre Meinung zum Standort und zur Art des künftigen Bades in Potsdam zum Ausdruck zu bringen. Damit wird die Bürgerbeteiligung nachgeholt, die eigentlich schon viel früher hätte erfolgen müssen. Das wichtigste Ergebnis des zeitlich aufwendigen und teuren Werkstattverfahrens besteht darin, dass das bisher für das Bornstedter Feld geplante Sport- und Freizeitbad unter vergleichbaren Bedingungen auch am zentral gelegenen traditionellen Standort Brauhausberg gebaut werden kann. Dieser Neubau am Brauhausberg liegt in der Abschlussbewertung des Werkstattverfahrens mit 232 Punkten sogar deutlich vor der Variante des Badneubaus im Bornstedter Feld (218 Punkte). Es geht also in einer Standortentscheidung darum, ob die Schwimmbadversorgung künftig weiter am Brauhausberg erfolgt oder in das Bornstedter Feld verlagert werden soll. Der Fragebogen für die Bürgerbefragung sollte keinen Raum für Manipulation bieten, sondern so ausgestaltet sein, dass er diese Grundentscheidung eindeutig ermöglicht und zugleich die Ergebnisse des Werkstattverfahrens widerspiegelt. Durch zahlreiche Teilnahme an der Befragung können Sie die von der Rathauskooperation bereits getroffene Entscheidung für den ersatzlosen Abriss der Schwimmhalle am Brauhausberg und einen Badneubau im Bornstedter Feld noch kippen.



Ihr

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Gruezi Miteinander,

so oder so ähnlich klingt es in unserer Partnerstadt Luzern. Im Mai jährt sich zum 10. Male der Tag, an dem der Vertrag über eine Städtepartnerschaft mit der „Schönen am Vierwaldstätter See“ unterzeichnet wurde.

Neben den Bürgerreisen, die im Wechsel in jedem Jahr stattfinden,

trifft sich die Jugend beider Städte alle zwei Jahre zur Jugendolympiade. Wir unterstützen Projekte, die Potsdam und Luzern näher bringen; wie Gastspiele und Ausstellungen oder Kontakte im Bildungs- und Wirtschaftsreich.

Es gibt viel zu entdecken am Vierwaldstätter See; an seinen Ufern der Pilatus, der Hausberg Luzerns. Und dann ist da noch die Rigi, die man zu Fuß aber auch ganz romantisch mit dem Dampfzug erobern kann. Oben wird man mit einem 180 Grad Rundblick für alle Strapazen belohnt. Den Auftakt in unser Jubiläumsjahr bildete der Besuch unserer Mitglieder und einiger Gäste aus Luzern des Konzertes „Reizende Schweizer“ im Nikolaisaal. Der Höhepunkt der Feierlichkeiten wird im Juni sein, wenn 17 Luzerner EinwohnerInnen als Teilnehmer einer Bürgerreise zu uns kommen. Mit ihnen gemeinsam wollen wir unser 10-jähriges feiern. Es wird eine Straßenbahn auf den Namen Luzern getauft, wir besuchen gemeinsam die Ausstellung „Friederisiko“, das Schweizer Kolonistendorf Nattwerder sowie ein Konzert im Rahmen der Musikfestspiele. Wenn ich Sie auf uns und Luzern neugierig gemacht habe, dann schauen Sie auf unserer Homepage [www.potsdam-luzern.de](http://www.potsdam-luzern.de). Wir freuen uns auf Sie.

Ihre Birgit Müller  
Präsidentin des Freundeskreises  
Potsdam – Luzern e. V.,  
stellv. Vorsitzende  
der Stadtverordnetenversammlung,  
Fraktion DIE LINKE



## Partygärten im Volkspark

Dr. Karin Schröter hatte sich Beschwerden von Anwohnern am Volkspark angenommen und die Situation beschrieben, dass es trotz strenger Nutzungsbedingungen für die Partygärten bei privaten Feiern immer wieder zu Lärmbelästigungen kommt. Beschwerden von Anwohnern beim Betreiber hätten bisher keinen Erfolg.

Ihrem Bereich Umwelt und Natur lägen in den Jahren 2010 und 2011 keine Beschwerden dazu vor, antwortete die zuständige Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger. 170 Vermietungen habe es in dieser Zeit gegeben. Nach ihrer Kenntnis habe es eine Beschwerde beim Betreiber und eine bei der Polizei über Lärmbelästigung bei Großveranstaltungen gegeben.

Auf die Nachfrage von Karin Schröter, dass Beschwerdeführer beklagen, beim Betreiber keine Änderung erwirken zu können, bot die Beigeordnete an, konkrete Fälle im direkten Kontakt zu besprechen.

## Uferweg Speicherstadt

Rolf Kutzmutz hatte die Frage aufgeworfen, ob die vom Masterplan der Speicherstadt abweichende Planung von Uferwegen unmittelbar am bzw. im Wasser (Aufschüttung oder Steganlage) sinnvoll seien, obwohl es zu dieser Idee bereits eine Ablehnung durch das Wasserstraßenamt gebe.

Der Baubeigeordnete Matthias Klipp stellte klar, dass es von der Oberen Wasserbehörde und vom Wasser- und Schifffahrtsamt bisher keine Ablehnung gebe, weil die Stadt auch keinen Antrag gestellt habe. Es sei allerdings zu vermuten, dass ein solcher Antrag abgelehnt werde, da „eine Umwandlung von Wasser- in Landfläche grundsätzlich abgelehnt“ werden würde. Zudem müsse es ein Planfeststellungsverfahren geben, für das er etwa sieben Jahre veranschlage.

Sinn und Kosten einer Stegvariante seien sowieso stark anzuzweifeln. Bei Kosten von geschätzten 1 Million Euro wäre etwa 105 Meter „erlebbaren Ufers“ zu gewinnen, wobei die Fragen noch offen

blieben, wie man den Steg für behinderte Menschen und für Radfahrer passierbar mache, was bei Hochwasser oder im Winter werde.

## Heiner-Carow-Platz

Mit der Ehrung des bedeutenden DEFA-Regisseurs Heiner Carow in Potsdam scheint alles schief zu gehen. Erst musste die Straßenbenennung in der Medienstadt der Quentin-Tarantino-Straße weichen, um den Kultregisseur nach Abschluss seiner Dreharbeiten zu „Inglorious Basterds“ in Babelsberg zu ehren. Dann folgt eine „stillschweigende“ Benennung eines Platzes im Kirchsteigfeld und die Anforderung einer feierlichen Würdigung durch DIE LINKE, die dann am 31.01.2012, anlässlich des 5. Todestages des bedeutenden DEFA-Regisseurs, geschehen sollte. Nachdem dies einfach vergessen worden war, wurde ein neuer Termin angesetzt: der Jahrestag der Uraufführung seines bedeutenden, in Babelsberg gedrehten Filmes „Die Legende von Paul und Paula“ – der 29. April. Allerdings, so Birgit Müller in ihrer Anfrage, fand die Uraufführung bereits genau einen Monat früher statt.

Verschiedene Quellen hätten die Verwaltung zu dem falschen Datum geführt, begründete Burkhard Exner, der in der Stadtverordnetenversammlung als Oberbürgermeister amtierte. Er bitte um Nachsicht. Der 29. März wäre – nach Rücksprache mit dem Filmmuseum – richtig und die Würdigung zu diesem Datum werde nachgeholt.

## Baumfällungen Nuthestraße

Welche Ersatzmaßnahmen es für die 900 Baumfällungen an der Nuthestraße bei der Fortführung der Bauarbeiten an der Humboldtbrücke gebe, fragte Ralf Jäkel.

Matthias Klipp erläuterte, dass die Zahl inzwischen auf 453 Straßenbäume korrigiert worden ist. Im Laufe der Gesamtmaßnahme seien seit 2007 bereits 393 Bäume gepflanzt worden. Die ausstehenden 60 Ersatzpflanzungen werden in diesem Frühjahr vorgenommen.

## Im Konsens

### Zentraler Gedenkort für Opfer des Nationalsozialismus

Ein Antrag der LINKEN wurde vom Ältestenrat der SVV über die Konsensliste in den Hauptausschuss überwiesen: Es soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die einen zentralen Gedenkort in Potsdam vorschlagen soll. Dazu heißt es in der Begründung, dass im Zusammenhang mit verschiedenen Gedenkveranstaltungen am 27. Januar (Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus) dieses Jahres, erneut die Diskussion über eine zen-

trale Gedenkveranstaltung und einen zentralen Gedenkort aufgekommen sei. Der Oberbürgermeister werde daher aufgefordert, „eine Arbeitsgruppe zu bilden, die einen Vorschlag für einen zentralen Gedenkort in Potsdam erarbeitet.“

Dieser Arbeitsgruppe sollten Interessenverbände, wie z. B. die VVN, sowie je ein Vertreter jeder Fraktion angehören.

Der von der Arbeitsgruppe erarbeitete Vorschlag ist der Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

Ziel ist es, ab dem Jahr 2013 Gedenkveranstaltungen mit diesem zentralen Gedenkort, der z. B. der Platz der Einheit sein könnte, zu verbinden.

## Im November auf die Tagesordnung

### Ehrung von Otto Wiesner

Nachdem ein Antrag der LINKEN gemeinsam mit der ANDEREN, den Potsdamer Antifaschisten Otto Wiesner mit der Benennung einer Straße oder eines Platzes zu ehren, die Ausschüsse durchlaufen hat, beantragte Karin Schröter eine Verschiebung der Beschlussfassung. Kurzfristig sei sie vom Kulturamt darüber informiert worden, dass die Mittel vorhanden seien, einen Doktoranden zu finanzieren, der das Leben von Otto Wiesner erforschen werde. Die Arbeit werde voraussichtlich im September vorliegen. Dann habe man eine wissenschaftliche Grundlage für eine konkrete Form der Würdigung.

## In Haushaltsberatung 2013

### Seebühne des Hans-Otto-Theaters

Weil der angekündigte Bau einer Seebühne des Hans-Otto-Theaters in diesem Jahr nicht realisiert wird, hatte DIE LINKE den Antrag eingebracht, dass die Stadt das Vorhaben im kommenden Jahr realisieren soll, um den Kulturstandort Schiffbauergasse weiter zu profilieren. Da das Vorhaben Investitionsmittel aus dem Haushalt binden würde, wurde der Antrag in die Haushaltsberatung 2013 aufgenommen.

## Beschlossen

### Stadt- und Landesbibliothek

Die große weiße Brandwand der neuen Stadt- und Landesbibliothek soll künstlerisch gestaltet werden, solange der Blick von der Friedrich-Ebert-Straße frei ist. Verwaltung, KIS, Bibliothek und Beirat Bildende Kunst sollen bis Mai 2012 einen Vorschlag vorlegen. Der Antrag der LINKEN wurde mehrheitlich beschlossen.

### Jugend und Wohnen in Potsdam

Zur SVV April soll der Oberbürgermeister nach mehrheitlichem Beschluss des LINKEN-Antrages einen Vorschlag unterbreiten, „wie die unmittelbare Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes der Landeshauptstadt erfolgen soll“. Damit sollen die Anforderungen dieser Bevölkerungsgruppe in das Konzept der kommenden Jahre aufgenommen werden. Bereits erarbeitete Positionen, wie die des Stadtjugendringes, des Archiv e.V., des ASTA sollen aufgenommen werden.

### Online-basiertes Infosystem für Kita-Plätze

Ein umfassendes Informationssystem über Kita-Plätze in der Landeshauptstadt soll kurzfristig eingerichtet werden. Die Stadtverordneten beschlossen mit Mehrheit, dass der Oberbürgermeister mit den Trägern der Kindereinrichtungen und dem städtischen Fachbereich diesen Online-Informationsservice vorbereiten und darüber im Juni die Stadtverordneten informieren soll.

### Öffentlicher Weg

In Übereinstimmung mit der Garagengemeinschaft „Am Stern/Schäferweg“ e.V. soll der Durchgang zwischen den Straßen Turmstraße und Schäferweg durch eine Dienstbarkeit grundbuchlich und damit dauerhaft gesichert werden.

## In Ausschüsse überwiesen

### Mehr Transparenz beim Haushalt

Mehr Transparenz und reale Bürgerbeteiligung, letztlich eine grundsätzliche Änderung bei der Aufstellung des jährlichen Haushalts der Landeshauptstadt verlangt der Antrag der LINKEN, den Hans-Jürgen Scharfenberg begründete. Das Verfahren zur Aufstellung des Haushalts werde derzeit von der Verwaltung dominiert. Nun soll, analog zum Verfahren in Potsdam-Mittelmark, im Vorjahr eine Haushaltskonferenz durchgeführt werden, in der eine inhaltliche Verständigung zu den Entwicklungsschwerpunkten und eine entsprechende Zuordnung von Haushaltsmitteln erfolgt. Ziel ist, das neue Verfahren bereits 2013 zu praktizieren. Der Antrag wurde in den Finanz- und den Hauptausschuss überwiesen.

### Kommunale Immobilien für freie Schulträger

Im Ausschuss für Bildung und Sport und im Hauptausschuss soll der Antrag der LINKEN beraten werden, „freien Schulträgern in der Landeshauptstadt keine weiteren städtischen Immobilien durch Vermietung, Verkauf oder Verpachtung mehr zur Verfügung zu stellen“. Stefan Wollenberg begründete den Antrag damit, dass in Potsdam mittlerweile die Chancengleichheit des öffentlichen Bildungssystems gewahrt werden müsse.

### SaGo-Gelände für Tierbetreuungseinrichtung

Mit einer definitiven Entscheidung für das SaGo-Gelände als künftigen Standort für eine Tierbetreuungseinrichtung wollte DIE LINKE die Realisierung eines Tierheimes für Potsdam beschleunigen, nachdem die Ver-

waltung drei Standortvarianten vorgeschlagen hatte, der Hauptausschuss bereits mehrheitlich das SaGo-Gelände präferiert hatte und bei einer Begehung die Eignung festgestellt werden konnte.

Auf Antrag der SPD wurde nicht abschließend entschieden, eine zweckgebundene Ausschreibung für das SaGo-Gelände vorzubereiten, sondern der Antrag soll nun erneut im Hauptausschuss behandelt werden.

### Turm der Garnisonkirche einrücken

Mit der Feststellung, dass das Originalfundament nicht für den Wiederaufbau der Garnisonkirche genutzt werden kann, ergebe sich die Möglichkeit, erhebliche städtische finanzielle Mittel zu sparen, weil der Straßenverlauf der Breiten Straße nicht geändert werden müsse. Der Antrag der LINKEN wird im Hauptausschuss behandelt.

## Abgelehnt

### Änderung der Hauptsatzung zu Personalentscheidungen

Da wiederholt vorgekommen ist, dass weder der Hauptausschuss noch die Stadtverordnetenversammlung über Veränderungen in der Besetzung von Leitungsfunktionen gar nicht bzw. zuerst über die Presse informiert worden sind, sei es dringend erforderlich, das Mitwirkungs- und Informationsrecht der Stadtverordneten bei anstehenden Entscheidungen zur Besetzung von Leitungsfunktionen deutlich zu stärken, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der LINKEN. Ohne den Grundsatz der Personalhoheit des Oberbürgermeisters außer Kraft zu setzen, sei die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam entsprechend zu ändern:

„§ 19 (1) Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet auf Vorschlag des/der Oberbürgermeister/in in Angelegenheiten der Fachbereichsleiter/innen sowie in Angelegenheiten der Gehaltsgruppen ab E 13 bzw. A 13 über – das Ergebnis des Bewerbungsverfahrens bei der Begründung eines Beamtenverhältnisses, – die Einstellung und Entlassung als Angestellte/r, – die nicht nur vorübergehende Übertragung der Aufgaben als Fachbereichsleiter/in. (2) Arbeitsverträge und sonstige schriftliche Erklärungen zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeitnehmer können dem/der Oberbürgermeister/in durch den/die erste/n Beigeordnete/n oder durch den/die für Personalangelegenheiten zuständige/n Bereichsleiter/in unterzeichnet werden.“  
Der Antrag wurde mit 18 zu 18 Stimmen abgelehnt.



**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr  
19. und 26. März; 02.; 16. April 2012

**43. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**

Stadthaus, Plenarsaal  
04. April 2012, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen „Rathausreport live“**

Bürgerhaus Stern\*Zeichen, Galileistraße 37-39, Stadtteil Am Stern  
15. April 2012, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 3/2012**

Stadthaus, Raum 3.107  
13. – 18. April 2012 (außer Sa. und So.)

**Info-Stände in den Stadtteilen: 13. April 2012**

- 14:30 Uhr Kepler-Platz/Am Stern
- 15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz
- 16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Str./Waldstadt II

**14. April 2012**

- 10:00 Uhr Weberplatz/Babelsberg
- 10:00 Uhr REWE-Kaufhalle/Zentrum Ost
- 10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

**Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL,**

am 10. April 2012 von 17.00 Uhr bis 18.30 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Anmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Über 40 BürgerInnen aus Potsdam-Süd waren der Einladung der LINKEN-Rathausfraktion zum Frühschoppen „Rathausreport live“ am 11. März in die Räume des Bürgertreffs Waldstadt (BIWA) gefolgt. Wie gewohnt ging es hier darum, dass die Fraktion die aktuelle SVV vom 7. März aus ihrer Sicht auswertete und sich den Fragen der BürgerInnen zur Stadtpolitik stellte.

So informierte der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg zu Beginn über die Beratung/Beschlüsse der SVV. Da ging es u. a. um den städtischen Haushalt und eine Bürgerbeteiligung dabei. Hierzu kamen sehr kritische Bemerkungen aus dem Publikum. Bemängelt wurde z. B., dass die vielen Hinweise aus der Bevölkerung in Sachen „Bürgerhaushalt“ bisher nur ungenügend Beachtung fänden.

Ein Schwerpunkt war das Thema „Wohnen in Potsdam – welche Chancen haben junge Leute“. Mit einem Antrag setzte DIE LINKE durch, dass junge Leute unmittelbar an der Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes der LHP zu beteiligen sind. Der OB hat dazu im April 2012 einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten.

Außerdem informierte der Fraktionsvorsitzende über solche Beratungsthemen der SVV wie das Bürgerbeteiligungskonzept Drewitz, den Flächennutzungsplan, der wegen nochmalig erfolgter Änderungen (Wald im Kirchsteigfeld) neu ausgelegt wird, den Aufstellungsbeschluss zur Erweiterung des Sterncenter und weitere Schwerpunkte der SVV.

Großen Raum nahmen die beiden Themen ein, die sich erstens mit der anstehenden Bürgerbefragung zum Badbau sowie zweitens mit dem eventuellen Neubauvorhaben in der Siedlung „Am Brunnen“ beschäftigten.

„Am Brunnen“ sollen bekanntlich – zumindest nach einer vorliegenden Machbarkeitsstudie – 450 neue Wohnungen entstehen. Dagegen hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die durch den Architekten Günter Vandenhertz auf dem Frühschoppen vertreten war. Vandenhertz erläuterte anschaulich die Protestgründe gegen die Neubauten. Die geplante Bebauung vernichte wohngebietsnahes Erholungsgebiet in einem als Biotop ausgewiesenen Waldstück.



Architekt Günter Vandenhertz (r.) von der Bürgerinitiative „Am Brunnen“ erläuterte anschaulich den Protest der Bewohner. Foto: B. Martin

## Ein „Volksschwimmbad“ am Brauhausberg

Weiter würde eine historische Eichenallee an der Friedhofsmauer vernichtet werden. Und schließlich kritisierte Vandenhertz, dass vorhandene topografische Verhältnisse nicht einbezogen, Eigentumsverhältnisse nicht beachtet, eine fehlende Infrastruktur nicht berücksichtigt (inkl. Parkplatzsituation), sowie 150 mit dem Vorhaben wegfallende Garagenplätze nicht problematisiert würden. Dr. Scharfenberg betonte, DIE LINKE werde diesem Vorhaben und einer diesbezüglichen Aufstellung eines Bebauungsplanes nicht zustimmen.

Abschließend widmete der Frühschoppen dem Thema Bäderwerkstatt und -umfrage breiten Raum. Scharfenberg erläuterte zu Beginn noch einmal die „schier endlose Geschichte“ vom Niemeyerbad über Sanierungspläne am Brauhausberg bis hin zum Bornstedter Feld. Das wichtigste Ergebnis der Werkstatt-Tage sei wohl, dass an beiden Standorten zu vergleichbaren Bedingungen ein Badneubau möglich ist. Und er setzte hinzu, dass die Ende April anstehende Bürgerbefragung endlich zu einer Befriedung des Konfliktes führen müsse. Der ebenfalls anwesende Sprecher der BI Pro Brauhausberg, Thomas Hintze, wertete das Verhalten der Stadt in dieser Sache mit den Worten „die wollen uns übers Ohr hauen“. Und er nannte ein Schwimmbad am Brauhausberg ein „wahres Volksschwimmbad“. Hans-Jürgen Scharfenberg forderte schließlich eine andere Reihenfolge der Vorschläge auf dem Stimmzettel für die Bürgerumfrage. Immerhin habe der Brauhausberg in der Werkstattbewertung die Spitze behauptet.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam